

Keine Medienhauptstadt für die Schweiz

Es ist immer wieder eine lustige Frage: Welche Stadt ist die Hauptstadt der Schweiz? Antwort: Keine. Die Schweiz hat seit 1803 keine Hauptstadt mehr. Bern ist lediglich Bundesstadt. Und die Schweiz hat nicht nur politisch keine Hauptstadt, sondern auch kulturell und wirtschaftlich. Unser Land ist bis auf die Knochen föderal: Die Kompetenzen sind verteilt. Dass sich Zürich in grossen Schritten zur Medienhauptstadt der Schweiz entwickelt, passt deshalb nicht zur Schweiz. Ja, es ist nicht nur unpassend, es ist kontraproduktiv.

Frankreich hat Paris, Österreich hat Wien, Deutschland hat wieder Berlin und Grossbritannien hat natürlich London: Diese Städte sind nicht nur die Hauptstädte ihrer Länder und damit Sitz von Regierung und Parlament, es sind auch die grössten und wichtigsten Städte in ihren Ländern. Und zwar mit Abstand: Paris hat fast siebenmal so viele Einwohner wie Marseille, die zweitgrösste Stadt Frankreichs. Wien ist 6,5-mal so gross wie Graz. In Deutschland sind, wohl der langen Teilung wegen, die Unterschiede nicht ganz so gross: Berlin ist nur zweieinhalbmal so gross wie Hamburg. Und London ist fast fünfmal grösser als Birmingham.

In der Schweiz sind die Verhältnisse ganz anders: Die Schweiz hat nicht nur keine Hauptstadt – sie hat weder politisch, noch von der Grösse her eine herausragende Stadt. Bern ist zwar Sitz der Regierung,

aber bloss die viertgrösste Stadt der Schweiz. Zürich ist zwar die grösste Stadt des Landes, aber lediglich knapp doppelt so gross wie Genf – und hat politisch keine Sonderrolle. Basel ist lediglich die drittgrösste Stadt der Schweiz, dies aber auch nur, weil eine ganze Reihe von Stadtquartieren, die in Zürich längst eingemeindet worden sind, auf dem Boden des Kantons Basel-Landschaft liegen und deshalb rechnerisch nicht zur Stadt zählen. Nein: Die Schweiz hat keine Hauptstadt, weder politisch, noch sonst wie.

Zürich, Baden, Bern, Schwyz, Konstanz

Das kam so. Bis Ende des 18. Jahrhunderts, als die Eidgenossenschaft noch ein Städtebund war und keinerlei Bundesbehörden kannte, war das oberste Organ die Tagsatzung. An einem «gesetzten Tag» trafen sich Gesandte der Orte zu einer Sitzung. Bis 1500 trafen sich die Gesandten meistens in Luzern, aber auch in anderen Orten, etwa in Zürich, Baden, Bern, Schwyz, ja sogar in Konstanz. Nach der Reformation war zuerst Baden, dann Frauenfeld der häufigste Versammlungsort. Neben den allgemeinen Tagsatzungen gab es auch konfessionell getrennte Treffen. Die katholischen Konferenzen fanden meistens in Luzern statt, die Reformierten trafen sich am häufigsten in Aarau.¹

Nach der Besetzung der Schweiz durch französische Truppen in der ersten Hälfte des Jahres 1798 entstand am 12.4.1798 die Helvetische Republik. Siegermacht

Frankreich organisierte die Eidgenossenschaft neu, löste alle Untertanengebiete auf und diktierte den Eidgenossen eine revolutionäre Verfassung. Die Schweiz wurde von einem mächtigen Direktorium regiert. Hauptstadt dieser Helvetischen Republik war zunächst Aarau, dann Luzern und schliesslich bis 1803 Bern.² Nach dem Zerfall der Helvetischen Republik kehrten die Eidgenossen bis zur Gründung des Bundesstaates 1848 zum System der Tagsatzung zurück. Dieses eidgenössische Gesandtentreffen tagte jeweils am Vorort der Eidgenossenschaft. Alle zwei Jahre wechselten sich Zürich, Bern und Luzern als Vorort ab.³

Die Hauptstadtfrage

1848 gründeten die Kantone den Bundesstaat und gaben sich eine gemeinsame Bundesverfassung. Allerdings konnten sie sich dabei nicht auf eine Hauptstadt einigen. Bereits 1832 war die Idee gescheitert, Luzern zur Hauptstadt der Schweiz und damit zum Sitz von Parlament, Bundesrat und Bundesgericht zu machen. Die erste Bundesverfassung regelte die Hauptstadtfrage deshalb nicht, sondern delegierte alles, was den «Sitz der Bundesbehörden» betraf an die Bundesversammlung. Diese nahm sich der Hauptstadtfrage am 28.11.1848 an. Zur Wahl standen den Parlamentariern die drei ehemaligen Vororte Zürich, Bern und Luzern.⁴

Für Luzern schien die zentrale Lage zu sprechen, aber die Bevölkerung des Kan-

tons Luzern hatte sich in der Abstimmung gegen die Bundesverfassung ausgesprochen und zudem war Luzern im Sonderbundskrieg einer der führenden, katholischen Orte. Zürich schien als starke Stadt die logische Wahl zu sein – wurde aber genau deswegen nicht gewählt. Den Ostschweizer Kantonen war Zürich auch ohne Hauptstadt schon zu mächtig, den Westschweizer Kantonen war Zürich zu weit weg. So blieb Bern übrig. Für Bern sprach die Nähe der Stadt zur französischsprachigen Schweiz. Zudem hatte die Stadt versprochen, dem Bund kostenlos die nötigen Arbeitsräume zur Verfügung zu stellen – was die Stadt später teuer zu stehen kommen sollte.

Bundesstadt Bern

So machte Bern bereits im ersten Wahlgang das Rennen und wurde zum Sitz der Bundesbehörden ernannt. Im Sinne eines freundeidgenössischen Ausgleichs erhielten Zürich und Luzern andere Bundesanstalten versprochen. Die Gründungsväter der modernen Schweiz legten also lediglich Bern als Sitz von Bundesrat und Bundesversammlung fest. Sie bestimmten explizit keine Hauptstadt und verteilten im Gegenteil andere Institutionen auf die ganze Schweiz.

Warum nur schreckten die Eidgenossen davor zurück, der Schweiz eine Hauptstadt zu geben? Zuallererst wohl deshalb, weil es eine dominierende Stadt in der Eidgenossenschaft nicht gab. Die Schweiz hatte nie einen Königshof, an dem sich, wie in

Wien, Paris oder London das politische und das kulturelle Leben des Landes konzentrierte. Die junge Eidgenossenschaft bestand aus gleichberechtigten Kantonen, die sich eifersüchtig gegenseitig in Schach hielten. Dazu kam, dass der Bundesstaat keineswegs überall gut ankam. Die katholisch-konservativen Kantone machten nur gezwungenermassen mit und lehnten jede weitere Zentralisierung ab. Deshalb wurde Bern nicht zur Hauptstadt ernannt, sondern lediglich zur Bundesstadt.

Jeder Kanton kriegt etwas

Andere, eidgenössische Institutionen wurden nicht in Bern konzentriert, sondern auf die ganze Schweiz verteilt. Zürich erhielt 1855 die Eidgenössische Polytechnische Schule, die heutige ETH, 1891 das Landesmuseum und 1905 den Sitz des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank. Das Bundesgericht tagt seit 1874 in Lausanne und seit 1969 ist in Lausanne die zweite, eidgenössische Hochschule angesiedelt, die École Polytechnique Fédérale de Lausanne (EPFL). Luzern ist seit 1917 Sitz des Eidgenössischen Versicherungsgerichts. Das Bundesstrafgericht tagt seit 2004 in Bellinzona, das Bundesverwaltungsgericht seit 2012 in St. Gallen. Vor diesem Hintergrund ist es geradezu befremdend, dass Genf und Basel keine eidgenössischen Institutionen beherbergen.

Die Schweiz bildet mit dieser Verteilung von Bundesinstitutionen auf das halbe Land die föderale Struktur des Landes ab: Die Schweiz ist ein Land ohne Zentrum. Nehmen wir zum Beispiel die Bildung: Universitätskantone sind die Kantone Zürich, Bern, Luzern, Freiburg, Basel-Stadt,

Basel-Landschaft, St. Gallen, Tessin, Waadt, Neuenburg und Genf. Das sind geradezu lächerlich viele Kantone. Oder nehmen wir die Wirtschaft. Zürich gibt sich gerne als Wirtschaftszentrum, hat aber seit der Bankenkrise zu beissen. Zug hat stark aufgeholt und setzt in jüngster Zeit auf die boomende Krypto-Branche. Basel ist unbestrittene Pharma-Hauptstadt der Schweiz. Genf ist die Stadt der Rohstoffe. La Chaux-de-Fonds ist die Uhrenstadt. Oder ist das Biel?

Die Gefahr der Medienhauptstadt

Nur in einem Bereich läuft das derzeit ganz und gar nicht schweizerisch: Zürich wird immer mehr zur Medienhauptstadt der Schweiz. Zürich ist der Sitz der drei grössten Schweizer Verlage Tamedia, Ringier und NZZ. Zürich ist der Sitz des Schweizer Fernsehens. In Zürich sind die Redaktionen von 20 Minuten, Blick, Tages-Anzeiger, NZZ, WoZ und Weltwoche, von Bilanz, Beobachter, Bolero, Handelszeitung, Finanz und Wirtschaft, Schweizer Illustrierte und Glückspost und von Personen, Kleinreport, Werbewoche und Medienwoche. In Zürich konzentrieren sich die meisten Werbeagenturen und Werbeermarkter. Und jetzt will die SRG auch noch die Abteilung Information von Radio SRF von Bern nach Zürich verlegen.

Das Argument, man müsse aus Effizienzgründen Journalisten physisch an einem Ort versammeln, damit sie Inhalte produzieren können, ist im digitalen Zeitalter geradezu lächerlich (und in der kleinen Schweiz sowieso). Die ARD ist in Deutschland über das ganze Land verstreut und es funktioniert. Viele Deutsche Medien

haben eine Standortredaktion etwa in Hamburg und eine Hauptstadtreaktion in Berlin und kommen problemlos damit klar. Die Meinung, Arbeitnehmer müssen physisch an einem Ort konzentriert werden, um Effizienzgewinne zu erzielen, ist ein Effizienzverständnis aus dem 19. Jahrhundert. Die Digitalisierung macht es heute möglich, problemlos Mitarbeiter an unterschiedlichsten Standorten zusammenzuschalten. So arbeiten zum Beispiel alle grossen Software-Entwickler. Und wenn Teams, die für Adobe, Google oder Microsoft Softwareprodukte entwickeln, über die ganze Welt und viele Zeitzonen hinweg verteilt zusammenarbeiten, dann wird das doch wohl für die Produktion von Nachrichtensendungen möglich sein. Es bedingt allerdings ein anderes Verständnis von Führung und Verantwortung

Politisch kontraproduktiv

Ist eine Zentralisierung in Zürich wirtschaftlich fragwürdig, so ist es politisch nicht bloss heikel, sondern kontraproduktiv. Denn gerade aus Zürich wollen sich viele Schweizer nichts sagen lassen. In einem durch und durch föderalen Land wie der Schweiz ist es von grosser Wichtigkeit, dass der Journalismus nicht zentralisiert wird – und schon gar nicht in der wirtschaftlich stärksten Stadt der Schweiz. Zürcher Journalisten streiten gerne ab, dass sie eine Zürcher Sicht auf die Schweiz pflegen – wir Basler sehen das anders, und mit uns wohl auch die Berner, die Churer, die St. Galler und die Winterthurer. Wenn der nationale Journalismus in der Schweiz sich an einem Ort konzentriert, dann ist die Gefahr gross, dass es zu einem Zürcher Nationaljournalismus kommt. Das ist nicht

böser Wille, aber Journalisten sind Menschen mit einem Lebensmittelpunkt und einem Freundeskreis, aus dem sie Beispiele schöpfen, mit dem sie diskutieren, sich austauschen. Wenn alle national tätigen Medien an einem Ort konzentriert sind, dann sind diese Lebenskreise der Journalisten alle bald sehr ähnlich. Das wäre schlecht für die Schweiz – und schlecht für die Medien.

Die SRG täte deshalb gut daran, nicht noch mehr Power in Zürich zu konzentrieren. Die Tamedia ist gut beraten, wenn sie ihren Deutschschweizer Zeitungen viel Auslauf lässt und die zentrale Redaktion nicht zur journalistischen Kommandobrücke macht, sondern zur Dienstleistungszentrale für selbstständige Regionalzeitungen. Manager mögen versucht sein, anders zu entscheiden, weil eine Zentralisierung wirtschaftlich sinnvoll scheint. Medien sind aber nicht nur auf Franken angewiesen, sondern vor allem auf Glaubwürdigkeit und Akzeptanz. Und das geht verloren, wenn noch mehr Medien sich in Zürich konzentrieren.

Basel, 15. Juni 2018, Matthias Zehnder
mz@matthiaszehnder.ch

Quellen:

- 1 Vgl. Historisches Lexikon der Schweiz: «Tagsetzung», <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D10076.php>
- 2 Vgl. Historisches Lexikon der Schweiz: «Helvetische Republik», <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D9797.php>
- 3 Vgl. https://boris.unibe.ch/41280/1/bundesstadt_bern.pdf
- 4 Vgl. Historisches Lexikon der Schweiz: «Bundesstadt», <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D10102.php>